

Suche Frieden und jage ihm nach!

Impulse evangelischer Friedensethik in Zeiten des Krieges¹

Die Friedensethik der evangelischen Kirchen in Deutschland stellt sich den Herausforderungen der Zeit und reflektiert sie fachlich und theologisch, um sie mitzugestalten.

Grundlagen ihrer aktuellen Gestalt stammen aus der Zeit des Ost-West-Konflikts, als es um die Verhinderung des Krieges zwischen zwei Blöcken ging: im Mittelpunkt der Debatte standen Fragen der Abschreckung, der Komplementarität politisch-militärischer Strategien, auch im Bereich der Nuklearrüstung, aber auch um Kritik an den Folgen der Polarisierung für die innere Verfasstheit der Blöcke und die Lage der Menschenrechte. Die evangelischen Kirchen auf beiden Seiten des Eisernen Vorhangs haben ihre Friedensethik in Zeiten der Entspannung weiterentwickelt; die Ostdenkschrift hat dabei eine zentrale Rolle gespielt. Ziele dieser Phase waren die Stärkung einer verbindlichen, internationalen Rechtsordnung („Frieden durch Recht“), Abrüstungsverhandlungen, aber auch eine Weitung des Horizontes auf den Dreiklang des konziliaren Prozesses: Frieden, Gerechtigkeit, Bewahrung der Schöpfung.

1990 hat sich das globale Machtgefüge mit dem Ende der Blockkonfrontation grundlegend verändert: Es gab nur noch eine „echte“ Großmacht, daneben aber mehrere starke neue Mächte, von denen etwa China und Indien seitdem kontinuierlich an Gewicht gewannen. Die Sicherheitslage wurde durch zwischenstaatliche Konflikte außerhalb Europas, vor allem aber durch eine wachsende Zahl von Bürgerkriegen, ethnische Konflikte und Angriffe von Terrorgruppen bestimmt. Spätestens ab der Jahrtausendwende wurde militärisches Handeln zunehmend wieder zum ‚normalen‘ Mittel der Politik.

Die Friedensdenkschrift der EKD von 2007, die die Entwicklung bis dahin resümierte, führte die Grundlinien der bisherigen Friedensethik fort: Wahrnehmung der Mehrdimensionalität des Friedens, Minimierung von Gewalt als grundlegendes Ziel, Vorrang der Prävention und der zivilen Bearbeitung von Konflikten.² Neu in den Blick nahm sie die Frage: Unter welchen Bedingungen ist es legitim Zwangsmaßnahmen/Gewalt anzuwenden, um schwerste Verstöße gegen die Menschenrechte zu verhindern? (responsibility to protect). Dabei ging es u.a. um die Frage, wer über

¹ Vortrag im Rahmen der friedenspolitischen Hochschulgespräche am Friedensinstitut der Evangelischen Hochschule Freiburg am 3. Mai 2023.

² Vgl. Maß des Möglichen, Perspektiven evangelischer Friedensethik angesichts des Krieges in der Ukraine. Ein Debattenbeitrag. Im Auftrag des Evangelischen Militärbischofs herausgegeben vom Evangelischen Kirchenamt für die Bundeswehr, Berlin 2023, 7.

diese Legitimität entscheidet und wieweit dabei in die staatliche Souveränität eines Landes eingegriffen werden darf.³

Erlauben Sie mir in diesem Zusammenhang einen Hinweis auf unsere badische Erklärung: „Sicherheit neu denken“.⁴ Sie wird zuweilen als Streitschrift eines kategorischen Pazifismus abgetan. Das verkennt jedoch ihr zentrales Anliegen, zu einer Minimierung von Gewalt beizutragen und zivile Konfliktlösungen zu befördern: Sie fragt in der veränderten weltpolitischen Lage nach einem legitimen Subjekt und legitimen Formen gewaltbegrenzenden und rechtserhaltenden Zwangs.⁵ Sie hält fest, was nach dem russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine noch einmal dramatisch deutlich geworden ist: Ein gerechter Friede beinhaltet, dass Menschen, Menschengruppen und Staaten vor gewaltsamen Übergriffen sicher und geschützt sind.

Seit dem russischen Überfall auf die Ukraine wird eine ‚Zeitenwende‘ in der Außen- und Sicherheitspolitik ausgerufen. Evangelische Theologie mahnt zur Vorsicht gegenüber einem derart aufgeladenen Begriff. Für den Glauben hat sich die Zeitenwende an Ostern ereignet: Der Tod, Macht und Gewalt haben nicht das letzte Wort – die Soldaten, die Jesu Grab bewachen, purzeln durcheinander; ihre Waffen fallen ihnen aus der Hand.

Zugleich ist klar: Die evangelische Friedensethik muss sich der durch diesen Angriffskrieg veränderten Situation stellen und ihr Konzept des „gerechten Friedens“ weiterentwickeln, um in der veränderten Lage einen Beitrag zum gesellschaftlichen Diskurs zu leisten und Kirchen, Zivilgesellschaft und politisch Verantwortliche in dieser Konfliktkonstellation handlungsfähiger zu machen, um Friedensprozesse anzustoßen und Versöhnung zu fördern. Dazu wollen die folgenden Impulse beitragen.

1. Die evangelische Friedensethik reflektiert und gestaltet die Teilhabe an der Friedensbewegung Gottes.

Die theologischen Begründungen einer evangelischen Friedensethik sind vielfältig. Auf unterschiedliche Weise machen sie deutlich, dass unser Friedensengagement im Friedenswillen Gottes gründet. Sie sprechen von Gottes Auftrag, Frieden zu stiften, oder von Gottes Frieden als Geschenk, das wir weitergeben sollen.

Die folgenden Überlegungen verstehen die Aufgabe der christlichen Friedensethik als Teilhabe an der Friedensbewegung Gottes, wie sie in den biblischen Schriften bezeugt ist. Sie ist mehr als eine Gabe oder ein Set von Sätzen, aus denen sich ein gut begründetes

³ The Responsibility to Protect: Report of the International Commission on Intervention and State Sovereignty (ICISS), 2001 (online unter: <https://www.globalr2p.org/resources/the-responsibility-to-protect-report-of-the-international-commission-on-intervention-and-state-sovereignty-2001/>).

⁴ https://www.sicherheitneudenken.de/media/download/variant/261672/d---friedensszenario_2021_auf-3_lang_komplett.pdf (2.5.2023)

⁵ Vgl. auch Harmsen u.a., Weltinnenpolitik und Internationale Polizei. Neues Denken in der Friedens- und Sicherheitspolitik, Göttingen 2023.

ethisches Urteil ableiten lässt. Sie nimmt die Dynamik der inkarnatorischen Bewegung des dreieinigen Gottes auf, die in den Konflikten dieser Welt Gestalt gewinnen will. Gottes Friedensbewegung drängt uns, gegen Unrecht und Ungerechtigkeit zu kämpfen, auch wenn wir auf Widerstände treffen. Sie bewegt uns in eine spezifische Richtung, die das Motto der Vollversammlung des Ökumenischen Rates in Karlsruhe im letzten Sommer zu fassen versucht hat: Christi Liebe bewegt, versöhnt und eint die Welt.

Der Ausgang bei der Friedensbewegung Gottes macht deutlich: Unser soziales, politisches und kirchliches Handeln für den Frieden ist nicht identisch mit dieser Bewegung des dreieinigen Gottes. Wir haben Teil an ihr, aber ihr Ursprung liegt uns voraus. Ihre Fülle und Kraft können uns mitreißen und ausrichten. Aber wir können durch unser Tun und Lassen ihre Ausrichtung und Geschwindigkeit auch verändern, verlangsamen oder gar bremsen.

Die Teilhabe an der Friedensbewegung Gottes gewinnt eine prägnante Gestalt in persönlicher und gemeinsamer geistlicher Praxis, vor allem im gottesdienstlichen Handeln: Unterbrechen, Innehalten, Klagen und Bitten, Freispruch und Vergebung erfahren, gemeinsam neue Kraft schöpfen, sich an Gottes Wort orientieren. Das Vertrauen auf die kraftvolle Friedensbewegung des dreieinigen Gottes hilft, uns nicht von der Angst oder der Dynamik der Gewalt treiben zu lassen. Die geistliche Konzentration unterbricht die Logiken der Macht und eröffnet Christenmenschen und Kirchen persönliche und politische Spielräume, neue Friedenswege zu suchen und mutig zu gehen.

2. Die evangelische Friedensethik nimmt die Macht des Bösen realistisch wahr, bringt ihre Wirklichkeit zur Sprache und sucht Wege, ihr zu widerstehen.

Die Friedensbewegung Gottes trifft auf Widerstände. Viele sind sich einig: Krieg ist keine Option; aber wir erleben: er ist eine Realität. Er ereignet sich in einer Welt, die zerrissen ist. Menschen und soziale Einheiten setzen ihre Macht ein, um sich durchzusetzen; sie greifen dazu auch auf militärische Gewalt zurück.

Die Vollversammlung des Ökumenischen Rates der Kirchen hat sich dieser Realität in Karlsruhe gestellt: In den Gottesdiensten, auf den Podien, in den Arbeitsgruppen wurden die Schrecken benannt. Die Opfer kamen zu Wort. Die für das Unrecht Verantwortlichen wurden zur Umkehr gerufen.

Zugleich machte ein zentraler Satz der Vollversammlung deutlich, wie sehr uns die Macht des Bösen noch in unserem Ringen um einen Weg in eine friedliche Zukunft gefangen nimmt: „Die Richtung unserer gemeinsamen ökumenischen Reise (Pilgrimage of Justice and Peace) ist völlig klar; sie steht in krassem Gegensatz zu der Richtung, in der sich

die Welt gegenwärtig bewegt.“ Die Bewegung des Friedens wird hier vor allem als Abkehr, also durch den Gegensatz zur Bosheit bestimmt; die konkreten Schritte hin zu einem gerechten Frieden werden von dem Erschrecken über die erfahrenen Bosheiten überdeckt.

Konkret heißt das: Evangelische Friedensethik nimmt die Bosheit, die Brutalität und Menschenverachtung wahr, die der russische Überfall auf die Ukraine darstellt; sie gedenkt der Opfer; sie fragt nach ihren Geschichten der Leidtragenden, nach den Verletzung der Menschenrechte, aber auch nach den kulturellen und ökologischen Zerstörungen. Sie organisiert Hilfe für die Geflohenen, die Verletzten, die Trauernden. Sie ruft die Verantwortlichen in der russischen Führung und diejenigen, die wie die Führung der russisch-orthodoxen Kirche diesen Krieg legitimieren, zur Umkehr auf. Sie widersetzt sich jeder religiösen oder ideologischen Überhöhung von Kriegszielen, wie wir sie nicht erst aus den aktuellen Äußerungen aus dem Moskauer Patriarchat der russisch-orthodoxen Kirche kennen, sondern auch schon in den evangelischen Kriegspredigten des 1. Weltkriegs nachlesen können.

Zugleich weiß sie, dass die Dynamik jedes Krieges mit einer Totalisierung der eigenen Perspektive einhergeht;⁶ es gibt keinen Krieg ohne Flucht und Vertreibung, ohne Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit, ohne Menschenhandel, sexuelle Übergriffe, Gewalt gegen Frauen und Menschen mit anderer geschlechtlicher Orientierung. Jede Kriegsführung baut auf ein „Zuviel“ an Macht (Dietrich Bonhoeffer). Sie will alle Glieder einer Gesellschaft zwingen, sich eindeutig auf die richtige Seite zu stellen; sie droht den Feinden ihre Menschlichkeit abzusprechen.

Diese grundsätzliche Erkenntnis relativiert nicht die konkreten Verbrechen und Verantwortlichkeiten, die die russische Armee und die Söldnertruppen von Wagner in der Ukraine begehen; es gilt das Unrecht anzuprangern, die Dokumentation von Kriegsverbrechen zu unterstützen und auf eine strafrechtliche Verfolgung zu drängen. Sie mahnt aber zugleich, sich nicht in die Kriegslogik hineinreißen zu lassen, sondern ihrer Dynamik zu widerstehen und alles dafür zu tun, dass militärische Gewalt verantwortlich begrenzt und möglichst schnell beendet wird.

Die Macht der Sünde gibt dem latenten Bösen Kraft. Sie zeigt sich nicht nur in der Hybris, sondern auch in Trägheit und Lüge. Sie tarnt sich ‚moralisch-ideologisch‘. Die geistliche

⁶ Vgl. Armin Nassehi, *Unbehagen. Theorie der überforderten Gesellschaft*, München 2021, 84: „Der Krieg, und zwar der klassische Krieg der Nationen, (war und ist) der einzige Faktor ..., dem es historisch gelang, eine gesamtgesellschaftliche Perspektive zu erzeugen, die durch die funktionale Differenzierung letztlich ausgeschlossen ist.“

Perspektive⁷ schafft eine Distanz zur Eigenlogik des Krieges und zu vermeintlich notwendigen Eskalationen, auch auf ‚unserer‘ Seite, der Seite derjenigen, die sich gegen den brutalen Überfall verteidigen. Sie macht Mut zur Zögerlichkeit und gibt Kraft, Ambivalenzen auszuhalten; sie deckt Tarnungen der Bosheit auf und fragt nach der eigenen Verstrickung in Unrecht und Ungerechtigkeit.

3. Die evangelische Friedensethik stärkt die Dimension der Freiheit und der Menschenrechte in ihrem Friedensbegriff.

Die friedensethischen Überlegungen der vergangenen Jahrzehnte erläutern ihren weiten, umfassenden Friedensbegriff mit Dimensionen: Frieden, Gerechtigkeit, Bewahrung der Schöpfung; Abbau von Not, Schutz vor Gewalt, Förderung von Freiheit, Anerkennung kultureller Vielfalt⁸. Jede der Dimensionen hat ihr eigenes Recht; jede ist auf die anderen bezogen; sie können auch durchaus in Konflikt miteinander geraten. Die evangelische Friedensethik hält fest: nur wenn alle Dimensionen Beachtung finden, kommt in den Blick, was der Schalom Gottes verheißt.⁹

Die ökologische Frage hat seit den achtziger Jahren des letzten Jahrhunderts an Gewicht gewonnen. Allerdings spielen die bedrohlichen ökologischen Folgen der Kriege dieses Jahrtausends etwa im Blick auf den Klimawandel in den politischen Kontroversen um die Kriege bisher kaum eine Rolle.¹⁰

Die Dimension ‚Freiheit‘ ist gegenüber den 70er Jahren in den Hintergrund getreten.¹¹ Vielleicht wurde sie in den deutschen Kirchen zu leichtfertig als selbstverständlich vorausgesetzt; vielleicht wirkte der Dreiklang des konziliaren Prozesses vielleicht weniger spannungsvoll wie der Akkord aus den vier Tönen, weil das Freiheitsthema für manche Kirchen des Südens und des Ostens eng mit dem ‚Westen‘ und einer Auslegung verbunden war, die Freiheit vor allem als Freiheit des Marktes, d.h. des Geld- und Warenverkehrs verstand.¹² Hier besteht auch biblisch-theologisch Nachholbedarf: Die Würde der

⁷ Jürgen Ebach, Nicht nur ‚der liebe Gott‘. Das Problem des Bösen im Alten Testament, in: Nachdenken über das Böse, hg. von Manfred Keller, Norderstedt 2012, 9-23, hier: 16.

⁸ Vgl. z.B. Maß des Möglichen (Anm. 2), 20.

⁹ Dieses Viereck lässt sich von jeder Ecke entschlüsseln: Gerechtigkeit umfasst neben der sozialen Gerechtigkeit auch die Durchsetzung von Freiheits- und Menschenrechten; Gerechtigkeit achtet das Leben zukünftiger Generationen und der Mitwelt; Gerechtigkeit gedeiht, wenn die Würde von Menschen geachtet wird und sie in Sicherheit am gesellschaftlichen Leben teilhaben können usw.

¹⁰ Vgl. zum Irakkrieg: <https://priceofoil.org/2008/03/01/a-climate-of-war/> (2.5.2023); zu Krieg in der Ukraine: <https://www.oecd.org/ukraine-hub/policy-responses/environmental-impacts-of-the-war-in-ukraine-and-prospects-for-a-green-reconstruction-9e86d691/> (2.5.2023)

¹¹ Damals erarbeitete z.B. die FEST eine Studie zu "Eschatologie und Frieden", die Frieden als "Minimierung von Gewalt, von Not und von Unfreiheit" beschrieb. Ich danke Pfarrer i.R. Peter Scherhans für diesen Hinweis. In der Friedensdenkschrift von 2007 wird die Dimension Freiheit auf den Seiten 54ff behandelt.

¹² Vgl. die Ausführungen zu einer internationalen Ethik (5.2.) in Maß des Möglichen (Anm. 2), 32-37.

einzelnen Person, die Rechte von Minderheiten, die Möglichkeiten der demokratischen Teilhabe, die Gewaltenteilung sind zentrale Elemente einer evangelischen Friedensethik im Geist Christi.

Die ICISS-Kommission hat die Dimension der Freiheit so beschrieben: „Human security means the security of people – their physical safety, their economic and social well-being, respect for their dignity and worth as human beings, and the protection of their human rights and fundamental freedoms.“¹³ Danach kommt der Sicherung von politischer Freiheit und Menschenrechten eine zentrale Bedeutung für den zwischen- und innerstaatlichen Frieden zu.

Der Ukrainekrieg zeigt, dass Putin (wie auch andere autoritäre Regime) eine ‚multipolare Welt‘ anstreben, in der (Groß-) Mächte sich ihre Einflussphären aufteilen, während Andersdenkende, Minderheiten, Frauen, die Verwundbaren und Marginalisierten ihre Rechte verlieren. Gegen diese Tendenzen zum Autoritarismus müssen sich die Kirchen wehren und für die Freiheit und Würde der Person, einzelner Gruppen und der Zivilgesellschaft als ganzer eintreten.¹⁴ In diesem Geist hat die Vollversammlung des ÖRK alle Christenmenschen und Kirchen ermutigt, sich nicht feige und träge der stärkeren Macht und den schärferen Waffen zu beugen, sondern mutig dem Unrecht zu wehren und Widerstand zu leisten.

Was heißt das für die aktuelle Debatte um den Krieg in der Ukraine? Die Ukraine hat ein Recht, sich und die Freiheit und Rechte ihrer Bürgerinnen und Bürger zu verteidigen. Die Staatengemeinschaft hat eine Pflicht, sie dabei zu unterstützen; auch um gegenüber dem Aggressor deutlich zu machen, dass sie den Rechtsbruch eines vermeintlich Stärkeren nicht akzeptiert. Die Erfahrungen aus dem deutschen Widerstand, aber auch die Debatten über die Beteiligung am Krieg gegen Hitler innerhalb der amerikanischen Gesellschaft und insbesondere der amerikanischen Kirchen bilden dafür einen wichtigen historischen Hintergrund.¹⁵ Ich erinnere auch an das 16. Ziel, das die UN für eine nachhaltige Entwicklung formuliert hat: „Friedliche und inklusive Gesellschaften für eine nachhaltige Entwicklung fördern, allen Menschen Zugang zur Justiz ermöglichen und leistungsfähige, rechenschaftspflichtige und inklusive Institutionen auf allen Ebenen aufbauen.“¹⁶

Zugleich bleibt die Staatengemeinschaft gefordert, in ihrem Handeln auch die anderen Dimensionen des Friedensbegriffs zu beachten: Der Krieg in der Ukraine vernichtet

¹³ Internationale Kommission zu Intervention und Staatensouveränität (ICISS)

¹⁴ Vgl. den seit 2018 jährlich von Brot für die Welt mit Partnern herausgegebenen „Atlas der Zivilgesellschaft“, der die Bedrohungen und Einschränkungen des civic space eindrücklich dokumentiert.

¹⁵ Vgl. Joseph Loconte, *The End of Illusions: Religious Leaders Confront Hitler's Gathering Storm*, Rowman & Littlefield Publishers, USA, 2004.

¹⁶ Vgl. <https://www.bmz.de/de/agenda-2030/sdg-16> (1.5.2023)

täglich Menschenleben; er zerstört lebenswichtige Einrichtungen und kulturelle Güter; er befeuert die sozialen Konflikte vor Ort und weltweit, insbesondere durch die Risiken bei Energieversorgung und Ernährungsproduktion, die Folgen der weltweiten Inflation, aber auch durch die Steigerung der Militärausgaben zulasten dringend notwendiger sozialer oder ökologischer Vorhaben.¹⁷

Entscheidungen im und über den Krieg müssen auf alle vier Ziele bezogen bleiben: Freiheit und Menschenrechte zu sichern, Gewalt zu minimieren, die Zahl der Opfer möglichst klein und die ökologischen Folgen möglichst gering zu halten. Nur wenn es sich immer wieder in diesem Rahmen verortet, hat gewaltförmiges, militärisches Handeln ein begrenztes Recht.

4. Evangelische Friedensethik betont die Notwendigkeit einer globalen politischen Steuerung in einer multipolaren Ordnung: Ein nachhaltiger Frieden setzt globale Gerechtigkeit voraus und eine starke UNO!

Durch die Globalisierung und die wachsende politische und ökonomische Macht nicht-staatlicher Akteure (Konzerne, Warlords, Terrorgruppen, Nichtregierungsorganisationen) ist am Ende des 20. Jahrhunderts eine neue multipolare Ordnung entstanden. Ihre Struktur ist fragil; sie wird wesentlich von ökonomischen Perspektiven bestimmt.

Zugleich kam es spätestens mit der Jahrtausendwende zu einer Remilitarisierung der Politik gekommen. Der Kampf um politische und ökonomische Macht wurde fast selbstverständlich auch wieder mit militärischen Mitteln ausgetragen und dadurch die internationale Rechtsordnung ausgehöhlt.¹⁸ Keiner der wichtigen politischen Akteure wandte Energie dafür auf, die rechtlich verbindlichen Abkommen und Strukturen zur Rüstungsbegrenzung und Friedenssicherung weiterzuentwickeln. Beispielhaft sei auf ein Instrument wie „open sky“ verwiesen; es half den (nuklearen) Frieden zu bewahren und wurde ohne Not aufgegeben. Die Vereinten Nationen, aber auch andere völkerrechtlich verbindlich verfasste multilaterale Gesprächsebenen und Organisationen wie die OSZE verloren an (finanziellen) Ressourcen und politischem Gewicht.

Stattdessen entstanden (private) Plattformen wie das Weltwirtschaftsforum in Davos oder die Münchner Sicherheitskonferenz, in denen die ‚Großen‘ aus Politik und Wirtschaft sich und ihre Machtansprüche präsentierten. Hier zählte Macht statt

¹⁷ Vgl. die aktuellen Zahlen zu den Rüstungsausgaben: https://www.sipri.org/sites/default/files/2023-04/2304_fs_milex_2022.pdf (2.5.2023)

¹⁸ Noch Maß des Möglichen (Anm. 2), 18, spricht allerdings in diesem Zusammenhang nicht von Kriegen, sondern von militärischen Operationen.

demokratischer Legitimation. Die Beteiligten verfolgten in den Konflikten ihre spezifischen politischen und/oder ökonomischen Interessen, statt nach Wegen zu demokratisch legitimierten, rechtlich verbindlichen Vereinbarungen zu suchen. Es kam zu einem Abbau rechtlicher, internationaler bzw. zwischenstaatlicher Vereinbarungen im Geist des Neoliberalismus; man vertraute darauf, dass die unsichtbare Hand des Marktes auch in der Außen- und Sicherheitspolitik schon einen Weg in die Zukunft bahnen würde.

Angesichts des Krieges gegen die Ukraine reden viele vom Ende des Multilateralismus und der Schwäche der UNO. Zugleich ringen beide Kriegsparteien und ihre Verbündeten massiv darum, die Mehrzahl der Staaten und vor allem die Einflussreichen aus dem Süden auf die eigene Seite zu ziehen. Sie wissen: Wer global ins Abseits gerät, wer den Süden nicht auf seine Seite ziehen kann, gefährdet vielleicht nicht kurzfristig, auf jeden Fall aber mittelfristig seine wirtschaftliche und politische Macht.

Warum bleibt der „Süden“ skeptisch gegenüber den völkerrechtlichen Argumenten des „Westens“? Wer Teilnehmer*innen der Vollversammlung des ÖRK in Karlsruhe diese Frage gestellt hat, bekam Antworten, wie sie sich auch in dem Interview mit der jemenitischen Friedensnobelpreisträgerin Tawakkol Karman finden. Gefragt, ob sie die Ungleichheit schmerzt, mit der die Weltöffentlichkeit auf den Krieg im Jemen und in der Ukraine reagiert, sagt sie: „Ich habe für solche Vergleiche nichts übrig. Die Ukrainer verdienen jede Hilfe, ..., um ihr Land von Putins Truppen zu befreien.“ Karmann gelingt es auf beeindruckende Weise, die Konflikte nicht gegeneinander auszuspielen und den Schmerz der einen nicht zu Lasten der anderen zu relativieren.

Zugleich macht sie deutlich, wie Iran, Saudi-Arabien und andere Länder den Jemen zu ihrer Beute machen und verhindern, dass die Menschen dort ihre Zukunft selbstbewusst und frei gestalten können. Die Menschen im globalen Süden erleben: „Die Weltgemeinschaft unterstützt Tyrannen in der arabischen Welt, in Afrika und Latein-Amerika – ganz ähnlich wie Russland und China es tun.“ Der Nachsatz zeigt, dass Karmann unter „Weltgemeinschaft“ die Staaten versteht, die sich offiziell zu Demokratie, Menschenrechten und Rechtsstaatlichkeit bekennen. Aber sie macht auch deutlich, dass sie sie zu oft in einer „Komplizenschaft mit den Diktatoren“ sieht, die die Menschenrechte verachten und ihre ökonomischen und politischen Interessen auf Kosten der Armen in den Ländern des globalen Südens durchsetzen.

Dieses Interview hilft zu verstehen, warum die weitaus größte Zahl der Staaten in der UN-Vollversammlung den russischen Überfall und die russische Annexion ukrainischer Gebiete ablehnen, sich aber nicht dem westlichen Bündnis anschließen. Sie sind skeptisch gegenüber allen (drei, vier, ...) Groß-Mächten: Zu oft hat auch der Westen etwa im Irak oder in Libyen völkerrechtswidrig interveniert; zu oft ging es auch ihm eher um

Machterhalt oder -gewinn als um „eine entschiedene Haltung“ angesichts von Unterdrückung und Ungerechtigkeit. Unter diesem Blickwinkel bekommt auch die Entscheidung der NATO-Länder, 2% ihres Bruttosozialprodukts für Rüstung auszugeben, einen anderen Klang. Sie signalisiert dem globalen Süden: ‚Wir sichern unsere ökonomische und politische Macht zukünftig verstärkt militärisch!‘

Nicht unbedingt die ökonomischen Eliten des ‚Südens‘, aber diejenigen, die eine nachhaltige und integrierte Entwicklung für ihr Land oder ihre Region anstreben, erleben derzeit einen „gigantischen Wertabfluss von Süd nach Nord“¹⁹. Er findet einen massiven Ausdruck u.a. in einer neuen Schuldenkrise etwa in Ghana oder Sri Lanka. Die Entwicklungsinitiativen, ob aus China, Russland oder dem Westen, sind alle marktbasierend und verhindern faktisch im globalen Süden die Entwicklung einer integrierten Wirtschaft und den „Aufbau heimischer diversifizierter Ökonomien“, die helfen könnten, die Länder „krisenresistenter (zu) machen und den Wertabfluss (zu) stoppen.“²⁰ Stattdessen fördern sie häufig vermeintlich politisch genehme Eliten und rüsten sie mit Macht und Waffen aus, um an die Bodenschätze zu kommen. Das lässt sich etwa für den Krieg im Sudan, in Mali oder Burkina Faso zeigen; in allen drei Ländern sind u.a. die Wagner-Söldner im Einsatz und finanzieren mit dortigen Goldvorkommen auch den Krieg gegen die Ukraine. In der Schrift „Maß des Möglichen“ betont die Militärseelsorge, dass „das Recht eine der entscheidenden Säulen der Friedensordnung (ist). Allerdings lehrt uns die gegenwärtige Situation, dass Recht eine notwendige, aber keine hinreichende Bedingung für eine gelingende Friedensordnung ist. Es muss eingebettet sein in eine Kultur des Friedens.“²¹

Der entscheidende Bestandteil einer solchen Kultur des Friedens ist eine Ökonomie des Lebens, denn Frieden ist die Frucht der Gerechtigkeit. Erst wenn es gelingt, global eine nachhaltige wirtschaftliche Entwicklung als inklusives und solidarisches Projekt zu gestalten, erst wenn wir bereit sind das Prinzip der Social Development Goals „leave no one behind“ so konsequent umzusetzen, dass wir die Minderung unseres Reichtums um der Verbesserung der Lebenslagen der Armen akzeptieren, erst wenn der Trend in einigen Schwellenländern, Rohstoffexporte zu beschränken, um mehr Wertschöpfung im eigenen Land zu fördern, von uns nicht mehr als Bedrohung wahrgenommen wird²², erst dann

¹⁹ Frauke Banse, Die neue Schuldenkrise. Wie die internationale Entwicklungspolitik den Globalen Süden ruiniert, in: Blätter für deutsche und internationale Politik 5/2023, 93-99.

²⁰ Banse (Anm. 19), 99.

²¹ Maß des Möglichen (Anm. 2), 7.

²² Vgl. die Stellungnahme des Rohstoffexperten des BDI, Wachter, vom 29.4.2023, bei reuters.

werden Menschen, Zivilgesellschaft und Staaten im globalen Süden den westlichen Staaten und am Ende auch der Demokratie etwas zutrauen und sich dafür engagieren.²³

Erst dann werden sie auch die UNO wieder als Instanz sehen und nutzen, die zum Frieden in und zwischen Staaten beitragen kann.

Die UNO stärken, heißt auch, sich für starke und freie Zivilgesellschaften einzusetzen. Letztere sind die Akteure, die die Interessen der Marginalisierten und der besonders verletzlichen Gemeinschaften in den Diskurs einbringen können. Viele wenden ein: das Völkerrecht ist schwach, die UNO nicht in der Lage, angemessen mit Konflikten umzugehen.²⁴ Doch wer auf eine Ethik der Verantwortung setzt, für den gibt es keine Alternative dazu, sich für eine verbindliche internationale Rechtsordnung einzusetzen, die Macht begrenzt und den Einsatz von (militärischer) Gewalt minimiert.

Nötig sind mehr finanzielle und personelle Ressourcen für die UNO; wer sich die Summen anschaut, die die Staaten für ihr Militär ausgeben und sie mit den beiden Haushalten der UNO vergleicht, erschrickt. Es ist gut, wenn die UNO auch in Kriegszeiten in der Lage ist, die Perspektiven der Zivilbevölkerung zu stärken: durch Nahrungsmittel und medizinische Versorgung, aber z.B. auch durch ein schlagkräftiges ziviles Minenräumkommando.

Nötig ist aber vor allem eine Neuordnung der Macht in der UNO: Der Vorschlag Lichtensteins, dass nach jedem Veto im Sicherheitsrat darüber eine Debatte in der Vollversammlung der UN geführt werden muss, könnte so weitergeführt werden, dass eine Zweidrittelmehrheit der Generalversammlung ein Veto des Sicherheitsrates überstimmen kann.²⁵ Wer sich an einem nicht durch die UN-Vollversammlung legitimierten Einsatz militärischer Gewalt beteiligt, dessen Stimmrecht im Sicherheitsrat ruht.²⁶ Weitere Maßnahmen zur Begrenzung der Macht der Großen und zur Stärkung des Rechts durch eine möglichst breite Mehrheit von Staaten wären zu entwickeln.

²³ Vgl. Klaus Seitz, Braucht die Entwicklungspolitik eine Zeitenwende? <https://www.welt-sichten.org/artikel/41028/braucht-die-entwicklungspolitik-eine-zeitenwende> (2.5.2023)

²⁴ Vgl. Martti Koskeniemi, From Apology to Utopia. The Structure of International Legal Argument, Cambridge 2005, 67: "International law is singularly useless as a means for justifying or criticizing international behavior."

²⁵ Vgl. die Schweizer Motion (NZZ vom 9.3.2023): „Die Motion sah vor, dass der Bundesrat die Weitergabe von Kriegsmaterial hätte ermöglichen können, wenn eine von zwei neu eingebrachten Bedingungen erfüllt wären: Entweder der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen würde in einer Resolution einen militärischen Angriff (wie jenen der Russen) als «Widerspruch zum völkerrechtlichen Gewaltverbot» deklarieren. Oder aber eine Zweidrittelmehrheit der Generalversammlung der Vereinten Nationen würde einen «Verstoß gegen das völkerrechtliche Gewaltverbot» feststellen.“

²⁶ Das hätte beim Irakkrieg auch die USA und Großbritannien betroffen.

5. Die evangelische Friedensethik fördert und fordert das verantwortliche Handeln der einzelnen und stärkt das Friedensengagement der Zivilgesellschaft.

„Nicht, wie ich mich heroisch aus der Affäre ziehe, sondern wie eine künftige Generation leben kann, ist die entscheidende Frage“, formuliert Wolfgang Huber im Anschluss an Dietrich Bonhoeffer.²⁷ Der Glaube macht mutig und frei, persönlich Verantwortung für den Frieden zu übernehmen.

Im aktuellen Konflikt sind weder Larmoyanz, Zynismus oder trüges Wegschauen gefragt, auch kein Verstecken hinter der Mehrheitsmeinung oder Anordnungen des Staates. Im Blick auf die vierte Dimension „Freiheit und Menschenrechte“ zeigt sich besonders deutlich, dass Frieden nicht durch militärisches und staatliches Handeln herzustellen ist, sondern nur, wenn Menschen persönlich für ihn einstehen und er in der Zivilgesellschaft fest verankert ist.

Wer in den Krieg zieht oder Waffenlieferungen beschließt, wird sich ebenso fragen müssen, ob er in dieser spezifischen Situation zu einem gerechten Frieden beiträgt, der zukunftsfähig ist und die Menschenrechte sichert, wie diejenigen, die den Wehrdienst verweigern. Hier ist das Konzept des Soldaten, der Soldatin als Bürger, Bürgerin in Uniform in den sich seit 1990 veränderten Horizonten (Entstehung einer Berufsarmee, Aufdeckung rechter, antidemokratischer Tendenzen innerhalb der Bundeswehr, mehrfache Verschiebung der Aufgabenstellung, Globalisierung der Perspektiven) weiterzuentwickeln.²⁸ Kirchen sind dabei gefordert, Menschen mit unterschiedlichen Positionen, Zugängen und Aufgaben ins Gespräch zu bringen.²⁹

Persönliche und zivilgesellschaftliche Verantwortung sind gefragt, wenn es um den Frieden geht. Wir wissen, dass viele Schlachten nur geschlagen werden konnten und können, weil die Kämpfenden Medikamente oder Drogen verabreicht bekamen und bekommen. Damit wird die Verantwortung zurückgedrängt, die ins Zentrum ethischen Handelns im Krieg gehört. Das gleiche gilt für den Einsatz von Söldnertruppen (Wagner, Blackwater), die unter Missachtung der Maßstäbe des *ius in bello* agieren, aber auch für den Einsatz von Waffensystemen, in denen die menschliche Verantwortung durch ‚Entscheidungen‘ künstlicher Intelligenz ersetzt wird.

²⁷ Wolfgang Huber, „Es geht vielmehr um eine Lebenshaltung.“ Im wissenschaftsbiographischen Gespräch mit Christian Albrecht, Rainer Anselm und Hans Michael Heinig, Tübingen 2022, 75.

²⁸ Vgl. Jochen Cornelius-Bundschuh, *The Military Defense System and the Public Soul in Germany: A Protestant Perspective*, in: Stephen Pickard, Michael Welker, John Witte (Eds.), *The Impact of the Military on Character Formation, Ethical Education, and the Communication of Values in Late Modern Pluralistic Societies*, Leipzig 2022, 27-38.

²⁹ Hier haben die „Militäretische Perspektiven“ (Maß des Möglichen, 51ff) ebenso ihren Sinn und ihr Recht wie die Debatten über alternative Sicherheitsstrategien.

Der Ausbau der strafrechtlichen Verfolgung von Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit trägt entscheidend dazu bei, die Wahrnehmung der persönlichen Verantwortung zu stärken. Demokratisch-verfasste Länder sollten hier ein Zeichen in Richtung des globalen Südens setzen, indem sie nicht länger sich selbst oder ihre Soldat*innen der Verfolgung durch die entsprechende internationale Gerichtsbarkeit entziehen. Auch in dieser Frage geht es um unsere Glaubwürdigkeit: Die bisherigen Prozesse richteten sich vor allem gegen Akteure aus Ländern, die wenig internationale Macht haben, aus Serbien oder verschiedenen Regionen Afrikas stammen; die Großmächte und auch viele die Staaten des westlichen Bündnisses entziehen sich selbst oder ihre Soldat*innen weiterhin der Verfolgung durch die internationale Gerichtsbarkeit. Das schwächt diese Instanzen!

Während sich in Deutschland die Debatte auf Fragen der finanziellen und militärischen Ausrüstung konzentriert, entwickeln skandinavische und baltische Länder schon länger integrierte Sicherheitskonzepte, in denen eine eigenständige, freie Zivilgesellschaft und zivile Strategien zur Konfliktbearbeitung eine zentrale Rolle spielen. In diesem Ansatz der ‚Comprehensive Security‘ bildet das militärische Handeln ein von Verstößen gegen das Völkerrecht oder des Scheitern ziviler Konfliktlösungen notwendiges, aber keinesfalls hinreichendes Element.³⁰ Die Reaktion der Menschen in der Ukraine auf den russischen Überfall zeigt, wie wichtig eine Verankerung der politischen Überzeugungen in der Bevölkerung ist und ihre Bereitschaft füreinander und für ihre Freiheit einzustehen. Demokratie lässt Menschen mit ihren unterschiedlichen Positionen viel Freiraum; sie erweist sich damit am Ende als resilienter als autoritäre Regime, die ihre Völker niederhalten und ihnen Gewalt antun.

Evangelische Friedensethik bezog sich mit ihren Argumenten lange vor allem auf den Staat und seine Aufgabe, für Recht und Frieden zu sorgen. Sie wird in Zukunft verstärkt die Rolle der Zivilgesellschaft bedenken. Der jährlich von Brot für die Welt und Civica herausgegebene Atlas der Zivilgesellschaft zeigt seit Jahren einen wachsenden Druck auf die Zivilgesellschaft und die rechtsstaatlichen und demokratischen Strukturen, die Freiheit und Menschenrechte sichern. Zentrale Aufgabe evangelischer Friedensethik wird es deshalb sein, sich weltweit und ökumenisch für die Freiheit und Eigenständigkeit der Zivilgesellschaft stark zu machen. Denn die Zivilgesellschaft bildet den Vortrupp und das gesellschaftliche Fundament einer innovativen und streitbaren Demokratie, die für eine zivile Bearbeitung von Konflikten und das Überleben unseres Planeten von zentraler Bedeutung ist.

³⁰ „Militärische Maßnahmen müssen Bestandteil einer kohärenten Friedenspolitik unter dem Primat des Zivilen bleiben.“ (EKD 2007: Ziffer 118)

6. Die evangelische Friedensethik dringt auf eine verbindliche nukleare Abrüstung.

Mit dem russischen Überfall auf die Ukraine stellt sich verschärft die Frage nach der Zukunft der nuklearen Abschreckung und Teilhabe. In der Debatte wird darauf verwiesen, dass Russland die Ukraine nicht überfallen hätte, wenn diese noch ihre Atomwaffe besessen hätte. Ein sehr schwieriges Argument, das dem Streben von Ländern wie Iran, Nordkorea, Indien und Pakistan, Nuklearwaffen zu besitzen, Nahrung gibt bzw. alle Länder unter einen nuklearen ‚Schirm‘ nötigt, obwohl klar ist, dass auf Grund der nicht-unterscheidenden und lange fortschreitenden Wirkung von Atomwaffen ihr Besitz, die Drohung mit ihnen oder ihr Einsatz aus friedensethischen Gründen abzulehnen sind.

Schon jetzt hält auch der Text der Militärseelsorge zum Ukrainekrieg fest, dass „die gegenwärtige Nukleardoktrin der USA und der NATO ... die Kriterien ... in erheblichem Maße nicht erfüllt“³¹, die den Besitz von Atomwaffen ethisch begründen könnten. Wir brauchen eine vollständige nukleare Abrüstung. Dazu sind komplizierte Verhandlungen nötig. Aber schon jetzt sind Schritte in die richtige Richtung möglich: eine Ächtung jeder Drohung mit Nuklearwaffen, eine Erklärung der westlichen Atommächte, vielleicht gemeinsam mit China, auf den Ersteinsatz zu verzichten,

7. Konkretionen: Evangelische Friedensethik verfolgt ihr Ziel, Gewalt zu minimieren und zivile Formen der Konfliktbearbeitung zu stärken, vor Ort im Sozialraum und auf den verschiedenen Ebenen der politischen Öffentlichkeit.

Die Ausrichtung an der umfassenden Friedensbewegung Gottes öffnet den Blick nach vorne: Wie stellen wir uns das Miteinander in Europa, konkret das Miteinander mit Russland und Weißrussland in fünf, zehn oder dreißig Jahren vor? Der „Richtungssinn des Evangeliums“³² drängt auf einen gerechten Frieden, der es allen Menschen und sozialen Gruppen ermöglicht, ihr Leben ohne Not in Freiheit in einer lebenswerten Mitwelt zu gestalten. Experten sehen derzeit keine Perspektive für einen solchen Frieden zwischen Russland und der Ukraine, nicht einmal für einen Waffenstillstand.

Wie kann evangelische Friedensethik in dieser Situation dennoch dazu beitragen, Gewalt zu minimieren und die Perspektiven für ein vorläufiges ‚Schweigen der Waffen‘ zu stärken, ohne Unrechtsverhältnisse zu legitimieren. Jesu Ruf in die ‚Feindes‘-Liebe behauptet nicht, dass Feindschaft verschwindet, sondern dass wir in seiner Liebe Wege finden,

³¹ Maß des Möglichen (Anm. 2), 47.

³² Wolfgang Huber, „Es geht vielmehr um eine Lebenshaltung“, Tübingen 2022, 157.

gewaltärmer mit den Konflikten mit unseren Feinden umzugehen. Was können wir als Christenmenschen, in Gemeinden und Kirchen tun?

Ich beginne vor Ort:

- In den Kirchen, Gemeinden und funktionalen Diensten suchen wir nach einer Sprache, die das Unrecht präzise benennt, aber der anderen Seite nicht ihre Menschlichkeit bestreitet; wir suchen Worte, die deeskalieren und einen Dialog auch mit denen ermöglichen, die Feinde sind und bleiben. Wir üben das Innehalten ein und hinterfragen eindeutige Lösungen, die auf schwarz oder weiß, gut oder böse setzen. Wir arbeiten exemplarisch an diesen Herausforderungen im Umgang mit Differenzen in unseren Gemeinden, zwischen den Kirchen oder in der Friedensbewegung.
- Wir haben als Kirchen eine besondere Verantwortung für die Opfer des Krieges: traumatisierte Einzelne, besonders verletzte Gruppen, Menschen auf der Flucht, Personen, die desertieren oder den Kriegsdienst verweigern; ihr individuelles Recht steht höher als jedes staatliche Interesse. Um der Menschen und um Stärkung des Rechts willen sind doppelte Standards im Umgang mit Flüchtlingen inakzeptabel: Ich verweise beispielhaft auf Personen aus Afrika, die in der Ukraine studiert haben und nun von dort vor dem Krieg in die EU fliehen; sie dürfen nicht anders behandelt werden als ukrainische Staatsbürger*innen.
- Unter uns leben viele Menschen, die aus Russland, aber auch aus der Ukraine zu uns gekommen sind; die meisten russischen Menschen schon in den neunziger Jahren, viele ukrainische Menschen erst jetzt auf der Flucht vor dem russischen Angriffskrieg. Manche von ihnen gehören zu unseren Kirchen. Gelingt es uns, mit den unterschiedlichen Gruppen ins Gespräch zu kommen? Den Flüchtlingen beizustehen, die Kriegsdienstverweigerer von beiden Seiten zu begleiten? Schaffen wir es, sie gemeinsam in unsere Kirchen einzuladen, zum gemeinsamen Beten und Feiern, weil wir zuerst zu Christus gehören und erst dann Teil unserer jeweiligen Kultur sind? Können wir miteinander überlegen, welche Wege zum gerechten Frieden unser christlicher Glaube uns weist?
- Viele Kommunen, Vereine und kulturelle Einrichtungen hatten vor 2022 bzw. vor 2014 Beziehungen zu russischen Partnern. Nach dem russischen Überfall auf die Ukraine wurden nicht nur die Beziehungen zu den Eliten in Moskau abgebrochen, sondern alle Ebenen der Begegnung in Frage gestellt. Mindestens für die Zeit nach dem Krieg, aber vielleicht auch schon in diesen Tagen wird es darauf ankommen, die Beziehungen zwischen den Zivilgesellschaften auszubauen und

sie zu Orten zu machen, an denen Menschen die Situation und das Unrecht aus ihrer jeweiligen Sicht benennen und dennoch im Gespräch bleiben können.³³

Solche Schritte im Sozialraum sind für evangelische Friedensethik zentral. Sie nehmen Angst und machen Mut; sie lassen Menschen vor Ort konkret erleben, dass sie im Vertrauen auf Christi Liebe auch in Konflikten, selbst in einem Krieg handlungsfähig sind: im Friedensgebet, praktisch-diakonisch, durch konkrete Begegnungen mit Personen, durch die Einübung in zivile Konfliktlösungen im Alltag, in Schule und Familie.

In der politischen Auseinandersetzung:

- Demokratien leben davon, dass Menschen sich an politischen Entscheidungsprozessen beteiligen und sie mittragen, auch wenn sie sich mit ihrer Position nicht durchsetzen. Wir brauchen eine Öffentlichkeit, in der viele sich mit Fragen der militärischen Unterstützung und der Waffenlieferungen an die Ukraine auseinandersetzen: Welche Formen „rechtsherstellender und -erhaltender militärischer Gewalt“ tragen dazu bei, dem Unrecht zu wehren, ohne den Krieg zu eskalieren? Werden sich die Perspektiven für einen Waffenstillstand bzw. die Eröffnung von ernsthaften Verhandlungen durch die geplanten Maßnahmen verbessern? Stärken sie eine Politik, die sich am Völkerrecht orientiert? Haben sie die globale soziale und ökologische Dimension im Blick? Welche Rolle sollen und können zivile Formen der Konfliktbearbeitung spielen? Welches Mittel wird für welche Situation angewandt, welches hat Aussicht auf Erfolg? Welche nicht intendierten Nebenfolgen sind zu befürchten, wie durchhaltefähig und nachhaltig ist eine Maßnahme, welche Opfer sind zu erwarten?

In jeder Frage stecken Ambivalenzen; es gibt keine einfachen Antworten. Noch einmal: es gibt ein Recht der Ukraine sich gegen den russischen Überfall zu verteidigen und eine Pflicht der anderen Staaten, sie gegen den Rechtsbruch zu unterstützen. Aber es gibt keinen Automatismus, welche Unterstützung oder welche Waffen angemessen sind. Jede Nation, die sich zur Nothilfe entschließt, trägt die Verantwortung, jeden Schritt und jede Entscheidung für oder gegen eine spezifische Waffenlieferung sorgfältig an den genannten Kriterien zu prüfen; das entscheidende Ziel ist die Minimierung von Gewalt in allen ihren Dimensionen.

³³ In diesem Zusammenhang sei an das von Erhard Eppler, Wolfgang Huber, Wolfram Wette u.a. verfasste Memorandum „Frieden mit der Sowjetunion – eine unerledigte Aufgabe“ erinnert, das einen solche zivilgesellschaftliche Verständigung anstrebte, aber wenig Resonanz fand. Stattdessen kam es zu einer engen wirtschaftlichen Zusammenarbeit, „die die Vermögen der Menschen“ mehrte, „die genau diese Zivilgesellschaft zerstörten.“ (Prof. Grigori Judin, SZ, 13./14.5.2023)

Die aktuellen Debatten etwa um die Lieferung von westlichen Kampffjets erinnern in manchem an die Art der (mangelnden) Verantwortungsübernahme, die Christopher Clark als schlafwandlerischen Einzug in den Ersten Weltkrieg beschrieben hat.³⁴

- Kirchliche Gremien sollten Raum bieten, solche Fragen verbindlich zu diskutieren. Wer um die Differenz zwischen der Wahrheit Christi und der kirchlichen Praxis weiß, kann sich klar positionieren und doch Zwischenräume der Freiheit zwischen Gut und Böse offenhalten. Er kann dem moralischen Druck, sich eindeutig zuzuordnen, widerstehen, ohne sein Gewicht und seine orientierende und zum verantwortlichen Gestalten ermutigende Kraft zu verlieren.
- Wenn Politiker und Politikerinnen einen Sieg der Ukraine fordern und eine solche Niederlage Russlands, dass es nie wieder zu so einem Überfall in der Lage ist, setzen sie hohe Ziele. Vielleicht lassen sich die Opfer dieses Krieges nur so rechtfertigen. Es bestehen aber erhebliche Zweifel, ob solche Ziele realistisch sind. Vieles spricht dafür, dass am Ende des Krieges Verhandlungen und ein Kompromiss stehen werden. Der britische Wirtschaftshistoriker Adam Tooze hat dazu gesagt: „Jeder Kompromiss wird dreckig sein.“³⁵

Die Teilhabe an der Friedensbewegung Gottes ermutigt uns als Kirchen, diejenigen in der Politik zu stützen, die Verantwortung für ein Ende des Krieges übernehmen, ohne die Bosheit und das Unrecht klein zu reden, aber auch ohne die eigenen Kriegsziele vollständig durchsetzen zu müssen.

- Evangelische Friedensethik sollte im gesellschaftlichen Diskurs Perspektiven nach vorne öffnen, statt den Rückfall in nationalstaatliche bzw. bündnispolitische Abgrenzungen und die Hoffnung auf militärische Problemlösungen zu bestärken. Keines der Probleme, die die Welt derzeit bewegen: Klimawandel, Migration, soziale Ungleichheit, ... lässt sich militärisch lösen. „True human security and global stability“ sind nur auf dem Weg der Gerechtigkeit, der konsequenten Durchsetzung der Menschenrechte, der zivilen Verständigung in Konflikten und einer gelebten Mitgeschöpflichkeit im Rahmen einer demokratisch verfassten, partizipativen und inklusiven Zivilgesellschaft zu erreichen.

Das schließt eine militärische Komponente nicht aus, um einen Aggressor abzuwehren und durch rechtserhaltende Gewalt den Weg in einen gerechten Frieden zu sichern. Militärisches Handeln, dass sich der Grenzen seiner Möglichkeiten

³⁴ Vgl. Christopher Clark, Die Schlafwandler. Wie Europa in den Erste Weltkrieg zog, Stuttgart 2013.

³⁵ SZ vom 27.3.2023

bewusst ist, kann helfen, Räume für eine gewaltarme, zivilisierte und wertorientierte Außen- und Sicherheitspolitik zu sichern oder zu eröffnen.

Der Krieg in der Ukraine zeigt jedoch, wie hoch die Risiken und wie brutal militärische Lösungen sind. Die gegenwärtigen Appelle, mehr Geld für das Militär und mehr Rüstung auszugeben, wirken in diesem Sinne weder selbstkritisch noch zukunftsweisend.

Die riesigen Summen, die bisher für militärisches Handeln ausgegeben wurden, haben die Welt nicht sicherer gemacht. Kein Unternehmen, keine Institution, die mit ihren Zielen gescheitert ist, würde einfach mehr Geld für das Gleiche zur Verfügung stellen und hoffen, dass dadurch alles besser wird.

Wir brauchen eine intelligente Friedenspolitik. In ihr wird gewaltförmiges militärisches Handeln ein Element sein, das in bestimmten, klar begrenzten Konstellationen notwendig ist. Um Kriege aber verlässlicher zu verhindern, wird es entscheidend sein, dass die Zivilgesellschaft weltweit gestärkt und durchsetzungsfähige internationale Institutionen und verbindliche rechtliche Regelungen geschaffen werden.